# Wirtschaftspolitik

HENRY KRÄGENAU

Die wirtschaftspolitische Expansion in der Europäischen Gemeinschaft setzte sich 1987 im moderaten Tempo des Vorjahres fort. Die Turbulenzen auf den Finanzmärkten haben zwar das Konjunkturklima mit höherer Unsicherheit belastet; allerdings halten sich die von den Finanzmärkten ausgehenden Schocks auf die Erwartungen von Unternehmen und Konsumenten offenbar in engen Grenzen. Der Preisauftrieb war, wie im Vorjahr, mäßig. In der Finanzpolitik überwogen weiterhin – trotz gewisser konjunktureller Risiken – die Konsolidierungsbemühungen. Zu erwarten ist, daß sich – getragen weiterhin von der Binnennachfrage – der Konjunkturanstieg auch 1988, wenngleich verhalten, fortsetzt. Dem Abbau der hohen, primär strukturell bedingten Arbeitslosigkeit, dem drängendsten Problem in der Gemeinschaft, wird man unter diesen Gegebenheiten allerdings keinen Schritt näher kommen. Ohne greifbaren Erfolg bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit dürfte zunehmend der wirtschaftliche Konsens in der Gemeinschaft in Gefahr geraten. Eine spürbare und dauerhafte Reduktion wird nach der realistischen Auffassung der Kommission aber nur im Rahmen einer mittelfristigen Wachstumsperspektive zu verwirklichen sein[1].

## *Bilanz der wirtschaftlichen Entwicklung*

Auch 1987 hielt in den westlichen Industrieländern die konjunkturelle Aufwärtsbewegung an. Der Zuwachs des realen Bruttosozialprodukts (BSP) dieser Ländergruppierung lag mit 3% leicht über dem Wert des Vorjahres. Während sich das Wachstumstempo der japanischen Volkswirtschaft – gestützt von einer expansiven Wirtschaftspolitik – deutlich beschleunigte, setzten die Wirtschaften der USA und der Europäischen Gemeinschaft ihre Expansion in der Größenordnung des Vorjahres fort. Bei erheblich zunehmendem Wachstumsgefälle zwischen den Einzelstaaten belief sich das Wachstum des BSP in der EG auf 2,6% (vgl. Tabelle) und ist damit etwas unter der Vorausschätzung des letztjährigen Jahreswirtschaftsberichtes geblieben. In der Bundesrepublik, Frankreich, den Niederlanden, Belgien und Griechenland, wo das Wachstum schon 1986 unterdurchschnittlich war, hat es sich noch weiter verlangsamt. Demgegenüber haben Länder mit schon hohen Zuwachsraten wie Spanien, Portugal, Großbritannien und Italien ihr Wachstumstempo noch forcieren können.

Getragen wurde die konjunkturelle Aufwärtsbewegung vom Anstieg der Binnennachfrage. Sie lag mit 3,6% um einen Prozentpunkt über dem BSP. In dieser

Differenz spiegeln sich die wachstumsbremsenden Einflüsse wider, die sich für die Gemeinschaft im Leistungsaustausch mit der übrigen Welt ergaben. Die Passivierungstendenz in den außenwirtschaftlichen Leistungsströmen der Gemeinschaft als Folge der Verschlechterung der Wettbewerbsfähigkeit gegenüber Anbietern aus dem Dollarraum und der Zahlungsbilanzprobleme der meisten Entwicklungs- und Staatshandelsländer wird noch anhalten. Allerdings ist der Leistungsbilanzüberschuß der Gemeinschaft mit 41 Mrd. $ noch immer hoch. Der Anstieg der internen Nachfrage hat sich 1987 gegenüber dem Vorjahr leicht abgeschwächt. Darin kommt vor allem zum Ausdruck, daß sich der private Konsum als weitaus größter Verwendungsbereich nicht mehr ganz so expansiv entwickelte (Zuwachs 1987: 3,5%). Für 1988 wird nicht mit starken Reaktionen der privaten Haushalte in der Gemeinschaft auf Börsenkrach und Währungsturbulenzen gerechnet. Angesichts tendenziell aber wohl eher steigender Sparneigung wird der Zuwachs des Konsums nur knapp der Expansion des – in den meisten EG-Ländern weiterhin nur mäßig steigenden – realen verfügbaren Einkommens entsprechen[2]. Der Zuwachs des privaten Verbrauchs in der EG dürfte deshalb unterhalb der 3%-Marke bleiben.

Die realen Anlageinvestitionen in der Gemeinschaft nahmen mit gut 3% moderat zu. Erheblich unter der gemeinschaftlichen Zuwachsrate blieb dabei von den großen Ländern die Bundesrepublik. Ein überaus hohes Anstiegstempo der Investitionen war bei den Ländern der Iberischen Halbinsel festzustellen.

Anhaltspunkte für die Abschätzung der Fortentwicklung der Investitionen 1988 liefert die harmonisierte Investitionsbefragung über Planungen für die Industrien der EG vom Oktober/November 1987[3]. Deutlich wird, daß trotz belastender Faktoren wie Börsenturbulenzen und Dollarrückgang die Unternehmen der Gemeinschaft eine Steigerung des Investitionsvolumens – nach realisierten 5% im Jahre 1987 – um 6% in diesem Jahre planen. Die Investitionsneigung dürfte vor allem durch die Verbesserung der Angebotsbedingungen in den letzten Jahren gestützt worden sein[4]. In das Bild paßt auch, daß sich die Kapazitätsauslastung in der verarbeitenden Industrie im Januar 1988 gegenüber dem Oktober des Vorjahres von 83% auf 84,2% erhöht hat, wobei diese deutliche Steigerung alle Länder mit Ausnahme von Griechenland betraf. Es kristallisierten sich allerdings erhebliche Divergenzen in der erwarteten Investitionsentwicklung zwischen einzelnen Gemeinschaftsländern heraus.

Bei annähernd stagnierendem Wohnungsbau – nur Großbritannien legte hier kräftig zu – reichte die Ausweitung der gewerblichen Investitionen 1987 nicht aus, um genügend neue Arbeitsplätze für eine Absenkung der Arbeitslosigkeit in der Gemeinschaft zu schaffen. Die Aussichten für dieses Jahr sind auch nicht günstiger einzuschätzen. Zum bescheidenen Beschäftigungsanstieg – bei rückläufigem Beschäftigungstrend im verarbeitenden Gewerbe und der Landwirtschaft nur auf Beschäftigungszunahmen im Dienstleistungsgewerbe zurückzuführen – haben neue Formen der Beschäftigungsverhältnisse sowie arbeitsmarktpolitische Maßnahmen beigetragen[5]. Insbesondere erhofft sich die Kommission aus der fle-

xibleren Gestaltung der Arbeits- und Betriebszeiten zusätzliche Beschäftigungspotentiale. Allerdings trifft die Flexibilisierungsstrategie z. T. auf heftigen gewerkschaftlichen Widerstand, wie in der Bundesrepublik deutlich wird.

Im Herbst 1987 hat die Kommission einen Bericht über Fortschritte und Entwicklungen des Ende 1986 beschlossenen Aktionsprogramms zur Förderung des Beschäftigungswachstums vorgelegt[6]. Im engen Zusammenhang mit „der kooperativen Wachstumsstrategie für mehr Beschäftigung" zu sehen, enthält es auch spezielle Problembereiche wie etwa die Wiedereingliederung von Langzeitarbeitslosen[7]. Es handelt sich um ein äußerst heterogenes Programm, das auf Informationsverbesserung, Instituierung von Dialogen und Ermutigungen abzielt und eine Reihe von spezifischen Sachvorschlägen enthält, von denen viele allerdings bisher nicht umgesetzt wurden. Auch wenn der demographisch bedingte Druck auf den Arbeitsmarkt nachläßt, wird die Erwerbsbeteiligung vor allem durch Tätigkeitsaufnahmen der Frauen weiter steigen und damit die zusätzliche Nachfrage nach Arbeitskräften kompensieren[8]. Die Arbeitslosenquote von etwa 11% in der Gemeinschaft wird auch 1988 auf ihrem hohen Niveau verharren. Allein Großbritannien, Spanien und Portugal konnten im vergangenen Jahr ihre Arbeitslosenquote – wenn auch teilweise von einer hohen Ausgangsbasis – deutlich senken (vgl. Tabelle).

Bei der Bekämpfung der Inflation erzielte die Gemeinschaft in den letzten Jahren deutliche Fortschritte und hat damit die Rahmenbedingungen für Wachstum und Beschäftigung verbessert. Der durchschnittliche Preisauftrieb bewegte sich 1987 mit 2,9% in der Größenordnung des Vorjahres. Die Konvergenz der Teuerungsraten innerhalb der Gemeinschaft setzt sich fort. Erfreulicherweise ist der Stabilisierungsprozeß in Ländern mit überaus hohen Preissteigerungsraten wie Griechenland, Portugal und Spanien vorangekommen, wenngleich die Raten immer noch erheblich über dem Gemeinschaftsdurchschnitt liegen.

*Grundzüge der nationalen Wirtschaftspolitiken*

Der wirtschaftspolitische Kurs der Gemeinschaftsländer war auch 1987 in erster Linie darauf gerichtet, günstige Voraussetzungen für ein auf Dauer kräftiges Wachstum zu schaffen und nicht ein kurzfristiges konjunkturelles Strohfeuer zu entfachen. In der Finanzpolitik überwogen in den Gemeinschaftsländern weiterhin Konsolidierungsbemühungen. Der Finanzierungssaldo der öffentlichen Haushalte in der Gemeinschaft insgesamt ging 1987 – gemessen in Relation zum BSP – mit einem durchschnittlichen Wert von 3,8% leicht zurück, wenngleich nicht in ursprünglich erwarteten Maße. Das überwiegende Festhalten am Konsolidierungskurs in den EG-Ländern erscheint angesichts der tendenziell größer gewordenen Risiken für die konjunkturelle Aufwärtsbewegung bemerkenswert. Andererseits ist der Handlungsspielraum zur Stützung des Wachstums bei Ländern wie Belgien, Irland und Italien mit Verschuldungsrelationen bei nahe 100% des BIP oder darüber nicht gegeben. Das gilt auch für Länder mit nicht ganz so hoher Verschuldung, aber mit Defiziten in der Größenordnung von 10% wie

*Tabelle: Ausgewählte Wirtschaftsindikatoren der EG-Länder*
*Jahresdurchschnitte bzw. Jahresangaben*

| Land/Zeitraum | | Anstieg der Verbraucherpreise gegenüber dem Vorjahr in % | Realer langfristiger Zinssatz in % p. a.[1] | Leistungsbilanzsaldo in Mrd. US-$ | Leistungsbilanzsaldo in % des BSP | Veränderung des realen BIP/BSP gegenüber dem Vorjahr in % Insgesamt | Veränderung des realen BIP/BSP gegenüber dem Vorjahr in % Inlandsnachfrage | Arbeitslose in % der Erwerbsbevölkerung (nationale Definitionen) | Finanzierungssaldo der öffentlichen Haushalte[2] in % des BIP/BSP |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| BR Deutschland | 1985 | 2,2 | 4,8 | 17 | 2,7 | 2,0 | 1,0 | 8,3 | – 1,1 |
| | 1986 | – 0,2 | 6,4 | 39 | 4,3 | 2,5 | 3,7 | 7,9 | – 1,2 |
| | 1987 | 0,2 | 5,9 | 45 | 3,9 | 1,7 | 2,9 | 7,9 | – 1,7 |
| Frankreich | 1985 | 5,8 | 5,7 | – 0 | – 0,1 | 1,7 | 2,2 | 10,2 | – 2,9 |
| | 1986 | 2,7 | 6,4 | 3 | 0,4 | 2,1 | 3,8 | 10,5 | – 2,9 |
| | 1987 | 3,1 | 6,7 | – 4 | – 0,5 | 1,9 | 3,1 | 10,6 | – 2,3 |
| Großbritannien | 1985 | 6,1 | 4,3 | 4 | 0,8 | 3,6 | 3,0 | 11,6 | – 2,9 |
| | 1986 | 3,4 | 6,2 | – 1 | – 0,2 | 3,3 | 3,8 | 11,8 | – 2,6 |
| | 1987 | 4,2 | 5,1 | – 4 | – 0,6 | 4,2 | 4,0 | 10,4 | – 1,7 |
| Italien | 1985 | 9,2 | 3,6 | – 4 | – 0,9 | 2,7 | 3,1 | 9,3 | – 12,3 |
| | 1986 | 5,9 | 4,4 | 4 | 0,6 | 2,7 | 3,2 | 10,1 | – 11,3 |
| | 1987 | 4,7 | 5,1 | 0 | 0,1 | 2,9 | 5,0 | 11,0 | – 10,8 |
| Spanien | 1985 | 8,8 | 4,2 | 3 | 1,7 | 3,0 | 3,4 | 21,8 | – 6,7 |
| | 1986 | 8,8 | 2,4 | 4 | 1,8 | 3,9 | 6,5 | 21,4 | – 5,2 |
| | 1987 | 5,3 | 7,1 | 1 | 0,4 | 4,8 | 7,6 | 20,5 | – 4,5 |

| | | | | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Niederlande | 1985 | 2,3 | 4,9 | 4 | 3,4 | 2,3 | 2,4 | 14,2 | – 4,8 |
| | 1986 | 0,2 | 6,1 | 5 | 2,8 | 2,4 | 3,9 | 13,2 | – 5,6 |
| | 1987 | – 0,5 | 6,9 | 4 | 1,9 | 2,3 | 2,6 | 12,6 | – 6,3 |
| Belgien | 1985 | 4,9 | 5,5 | 0 | 0,4 | 1,4 | 1,3 | 12,0 | – 8,7 |
| | 1986 | 1,3 | 6,5 | 2 | 1,7 | 2,4 | 3,4 | 11,3 | – 9,2 |
| | 1987 | 1,6 | 6,2 | 2 | 2,0 | 1,8 | 2,4 | 11,2 | – 7,1 |
| Dänemark | 1985 | 4,7 | 5,1 | – 3 | – 4,6 | 3,7 | 5,3 | 9,0 | – 2,0 |
| | 1986 | 3,6 | 6,7 | – 4 | – 5,2 | 3,5 | 5,5 | 7,9 | + 3,4 |
| | 1987 | 4,0 | 7,6 | – 3 | – 2,4 | – 0,9 | – 2,7 | 8,0 | + 1,9 |
| Griechenland | 1985 | 19,3 | – 2,6 | – 3 | – 9,8 | 3,0 | 3,9 | 7,8 | – 13,5 |
| | 1986 | 23,0 | – 5,9 | – 2 | – 4,3 | 1,3 | 0,3 | 7,2 | – 10,6 |
| | 1987 | 16,4 | 0,7 | – 1 | – 2,7 | – 0,5 | – 0,4 | 7,6 | – 10,4 |
| Portugal | 1985 | 19,3 | 5,2 | 0 | 1,9 | 3,3 | 1,0 | 9,2 | – 9,9 |
| | 1986 | 11,7 | 5,7 | 1 | 3,9 | 4,3 | 7,9 | 9,1 | – 7,8 |
| | 1987 | 9,4 | 5,5 | 1 | 1,9 | 5,0 | 9,9 | 7,8 | – 8,7 |
| Irland | 1985 | 5,4 | 6,1 | – 1 | – 4,3 | – 0,8 | – 1,3 | 17,3 | – 11,5 |
| | 1986 | 3,9 | 7,0 | – 1 | – 3,1 | – 1,6 | 0,8 | 17,4 | – 11,3 |
| | 1987 | 3,2 | 7,9 | 0 | 1,7 | 2,9 | 0 | 18,7 | – 8,8 |
| Luxemburg | 1985 | 4,1 | 5,3 | ½ | 9,8 | 3,8 | 0,7 | 1,6 | + 5,6 |
| | 1986 | 0,3 | 8,4 | 1 | 19,1 | 2,9 | – 0,9 | 1,4 | + 5,5 |
| | 1987 | – 0,1 | 8,1 | 1 | 16,9 | 2,0 | 3,6 | 1,5 | + 4,4 |
| EG insgesamt | 1985 | 5,6 | 4,7 | 17 | 0,7 | 2,4 | 2,3 | 10,9 | – 4,4 |
| | 1986 | 3,1 | 5,7 | 50 | 1,4 | 2,7 | 3,9 | 10,8 | – 4,0 |
| | 1987 | 2,9 | 6,0 | 41 | 1,0 | 2,6 | 3,6 | 10,7 | – 3,8 |

1) Umlaufrenditen langfristiger öffentlicher Anleihen, deflationiert mit dem Index der Verbraucherpreise.
2) Zentralstaat und nachgeordnete Gebietskörperschaften sowie Sozialversicherungen in der Abgrenzung der VGR der UN (SNA).
Quellen: IWF, EG-Kommission, OECD, nationale Statistiken.

Griechenland und Portugal. Günstiger ist die Haushaltssituation in der Bundesrepublik, Frankreich, Großbritannien, Dänemark und Luxemburg, wo die Relation zwischen öffentlicher Schuld und BSP – ohnehin niedriger als in den anderen Ländern – deutlich langsamer wächst oder sogar zurückgeht. In der Bundesrepublik, als einzige der großen Volkswirtschaften, nahm das gesamtwirtschaftliche Finanzierungsdefizit 1987 zu, und dieser Prozeß wird sich 1988 fortsetzen. Die Nutzung des Handlungsspielraums zu Steuersenkungen – auch in Frankreich und Großbritannien – liegt auf der Linie der auf angebots- und nachfrageseitige Wirkungen ausgerichteten kooperativen Wachstumsstrategie für mehr Beschäftigung.

Die Geldpolitik der Gemeinschaftsländer war im vergangenen Jahr und ist weiterhin zins- und wechselkursorientiert mit der Zielsetzung, die Stabilisierung des Dollarkurses zu unterstützen, um eine Verstärkung der mit einer Aufwertung der europäischen Währungen verbundenen Anpassungsprozesse zu vermeiden, die die Konjunktur in den letzten Jahren belasteten. Dank der umsichtigen Politik der Notenbanken, die deutlich machten, daß sie es zu keinen Liquiditätsengpässen kommen lassen, wurde die im Herbst drohende Vertrauenskrise verhindert. Zeitweise wurde die Ausrichtung der Geldpolitik durch Bemühungen überlagert, auch die Währungsrelationen im EWS über eine Differenzierung der Geldpolitik zwischen Ländern mit starken und schwachen Währungen zu stabilisieren[9]. Nach der Neufestsetzung der Wechselkurse vom Januar 1987 war aber kein EWS-Realignment im Untersuchungszeitraum mehr notwendig[10].

Die Einkommenspolitik ist weiterhin gefordert, zur Verbesserung der investiven Angebotsbedingungen und damit zur konjunkturellen Aufwärtsbewegung beizutragen. In der 1987 erstmals von der Kommission gezogenen „Zwischenbilanz der Anwendung der kooperativen Wachstumsstrategie für mehr Beschäftigung" wird für den Zeitraum 1982–86 auf die mäßige Zunahme der realen Lohnkosten je Arbeitnehmer (0,8% jährlich) hingewiesen, die – bei gleichzeitigem Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Produktivität (1,9% jährlich) –, zu rückläufigen realen Lohnstückkosten führten. Dadurch wurde wiederum ein wichtiger Beitrag zur Rentabilität des Sachkapitals in der Gemeinschaft geleistet. Allerdings hat sie noch nicht wieder das Niveau der sechziger Jahre erreicht, das ausreichte, um ein selbsttragendes Wachstum bei niedriger Arbeitslosigkeit zu ermöglichen[11]. Angesichts wohl deutlich steigender Reallohnzuwächse – bei stagnierenden Produktivitätszuwächsen – 1987 und 1988 werden die realen Lohnstückkosten kaum noch zurückgehen, so daß sich die Bedingungen für eine Rentabilitätsverbesserung von dieser Seite her verschlechtern.

### Bundesrepublik Deutschland

Die wirtschaftliche Bilanz für die Bundesrepublik 1987 konnte nicht befriedigen. Das Wachstum – getragen vom privaten Konsum – war mit einer Anstiegsrate von 1,7% des realen BSP bescheiden und ist indikativ für das allgemein geringe Wachstumstempo nach Überwindung der Rezession Anfang der 80er Jahre. Die

Arbeitslosenquote verharrte auf ihrem hohen Niveau. Aktivposten der Bilanz war die Preisstabilität. Die Einschätzung für die Entwicklung 1988 zeigt, daß die deutsche Wirtschaft die Irritationen durch Börsen-Crash und Dollarturbulenzen vom Herbst des Vorjahres überwunden hat. Bei leicht steigenden Preisen wird das reale BSP mit 2% in der Größenordnung des vergangenen Jahres wachsen. Die Steigerung der gesamtwirtschaftlichen Produktion wird nur eine bescheidene zusätzliche Nachfrage nach Arbeitskräften auslösen, die das wachsende Arbeitspotential nicht voll absorbieren wird. Die Arbeitslosenzahl wird daher leicht zunehmen[12].

Es besteht kein konjunkturpolitischer, wohl aber ein erheblicher wachstumspolitischer Handlungsbedarf[13]: Richtig wäre – von den großen Wirtschaftsforschungsinstituten immer wieder gefordert –, die Steuerreform 1990 um ein Jahr vorzuziehen. Dies wird von der Regierung aber mit fiskalischen Argumenten abgeblockt. Jetzt rächt sich die nicht konsequente Konsolidierung der Staatsfinanzen in den letzten Jahren. Eines der großen Versäumnisse war das Unterlassen des versprochenen Subventionsabbaus. Die wachstumspolitischen Notwendigkeiten erfordern mehr, als die Steuerreform vorsieht. Eine Entlastung bei den Unternehmenssteuern wird wichtig, zumal die Belastung mit Sozialabgaben anscheinend weiter steigt. Bemühungen auf dem Gebiet der Deregulierung sind zu forcieren. Mit Wachstumspolitik allein wird man das Beschäftigungsproblem allerdings nicht lösen. Einer durchgreifenden Verbesserung der Chancen auf dem Arbeitsmarkt stehen die unzureichende Lohndifferenzierung, zu stark steigende Lohnnebenkosten und zu wenig Flexibilität bei den Beschäftigungsbedingungen entgegen.

Frankreich

Das Expansionstempo der französischen Wirtschaft bewegte sich 1987 in der Größenordnung des Vorjahres und lag damit deutlich unter dem EG-Durchschnitt. Die konjunkturelle Aufwärtsbewegung wurde von der Binnennachfrage getragen, die gut einen Prozentpunkt über dem realen BSP lag. In der negativen Leistungsbilanzentwicklung spiegelt sich auch die teilweise ungenügende strukturelle Anpassung im industriellen Bereich wider. Angesichts des mäßigen Wachstums war ein Abbau der hohen Arbeitslosenquote von gut 10% nicht möglich. Diese Situation trug sicherlich zum geringen Lohnauftrieb bei. Auch der Preisanstieg war – Anfang der 80er Jahre noch zweistellig und 1985 bei fast 6% – mit 3,1% weithin mäßig.

Die Stabilisierungserfolge resultieren aus dem Zusammenwirken von Einkommens- und Geldpolitik. Zudem blieb die Finanzpolitik um Konsolidierung bemüht. Die Wirtschaftspolitik wird wohl weiterhin an ihrem auf Verbesserung der Angebotsbedingungen gerichteten Konzept festhalten. Die Konsolidierung der Staatsfinanzen wird allerdings dadurch erschwert, daß sich das Privatisierungsprogramm nach den Kursstürzen an den Aktienmärkten kaum im beabsichtigten Umfang durchführen läßt und damit Mittel für Zuweisungen an staatliche Unter-

nehmen weiterhin den ordentlichen Haushalt belasten werden[14]. Die zwölf Privatisierungen seit Ende 1986 – ein Drittel der Privatisierungen waren damit realisiert – stellen eine Kapitalisierung von 100 Mrd. FF dar[15].

Schätzt man die Entwicklung der französischen Wirtschaft für 1988 ein, so dürfte das reale BSP um 2% ansteigen, die Arbeitslosigkeit tendenziell zunehmen, zumal keine arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen geplant sind, und die Teuerungsrate – angesichts eines wohl niedrigen Kostenauftriebs und einer weithin stabilitätsgerechten Geldpolitik – zwischen 2 bis 2,5% liegen[16].

Großbritannien

In Großbritannien hat sich der Aufschwung 1987 noch verstärkt. Mit einem Zuwachs des realen BIP um 4,2% gehörte Großbritannien zu den wachstumsstärksten Ländern der Gemeinschaft. Zur Zunahme der Gesamtnachfrage trug, wie 1986, vor allem der private Verbrauch bei. Nach Jahren der gesellschaftlichen Neuordnung knüpft man erst jetzt wieder an das Einkommensniveau an, das bereits Anfang der siebziger Jahre erreicht wurde. Die günstige Entwicklung von Produktion und Beschäftigung ging allerdings mit einem kräftigen Lohnschub einher. Die Teuerungsrate lag mit 4,2% gut einen Prozentpunkt über dem entsprechenden Vorjahreswert. Obgleich die Arbeitslosenquote – auch unter dem Einfluß arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen – erfreulicherweise zurückging, liegt sie mit 10,4% nur knapp unter dem nicht akzeptablen Gemeinschaftsdurchschnitt. An der Außenwirtschaftsfront wurde eine deutliche Zunahme des realen Importüberschusses sichtbar.

Angesichts einer hohen Liquiditätsversorgung über einen langen Zeitraum wächst bei dem starken Kostenanstieg sowie starker Kapazitätsauslastung die Inflationsgefahr. Zu deren Abwendung war die britische Geldpolitik bereit, dem in jüngster Zeit deutlich werdenden Aufwertungsdruck auf das Pfund Sterling nachzugeben[17]. Die Finanzpolitik nutzte den durch strikte Ausgabenkontrolle gewonnenen Spielraum zu Steuersenkungen.

Das Wachstum des BSP dürfte sich 1988 deutlich auf 3% verlangsamen. Unter diesen Voraussetzungen wird die Beschäftigung nur moderat ansteigen und demgemäß die Arbeitslosenquote kaum sinken. Der Verbraucherpreisanstieg dürfte in der Größenordnung des Vorjahres liegen.

Italien

Die italienische Wirtschaft expandierte mit einem realen Zuwachs des BSP von 2,9% etwas rascher als der Durchschnitt der anderen EG-Volkswirtschaften. Das von der Binnennachfrage getragene Wachstum reichte nicht aus, um die hohe Arbeitslosenquote zu senken. Dennoch kam es wieder häufiger zu Arbeitskonflikten. Die Teuerungsrate für den privaten Verbrauch lag – dazu trug auch die Anhebung indirekter Steuern bei – mit knapp 5% deutlich über dem EG-Durchschnitt. Das hohe Finanzierungsdefizit der öffentlichen Haushalte reduzierte sich nur wenig im Verhältnis zum BSP, und Italien war mit einer Relation von 10,8%

Spitzenreiter in der EG. Der anhaltend hohe Kreditbedarf der öffentlichen Hand entzog auch den Ansätzen für eine straffere Geldpolitik immer wieder die Grundlagen[18]. Angesichts der Notwendigkeit binnen- und außenwirtschaftlicher Stabilisierung bleibt gegenwärtig kein Raum zur Nachfragestützung. Das Wachstum des realen BSP wird wohl bei 2% liegen und der Verbraucherpreisanstieg sich mit 5% in der Größenordnung von 1987 bewegen.

Beneluxländer

Vorrangig wurden in Belgien die Bemühungen zur Haushaltssanierung weiter vorangetrieben. Das hatte deutlich spürbare Auswirkung auf die Binnennachfrage, deren Zuwachs sich um einen Prozentpunkt auf 2,5% abschwächte. Bei weiterhin negativem realen Außenbeitrag ging die Wachstumsrate des BSP daher deutlich auf 1,8% zurück. Unter diesen Bedingungen verharrte die Arbeitslosenquote auf ihrem hohen Niveau von über 11%. Der Verbraucherpreisanstieg konnte jahresdurchschnittlich auf 1,6% begrenzt werden. Die Sanierung der öffentlichen Finanzen bleibt angesichts der Gesamtschulden in Höhe von 125% des BSP und einer damit verbundenen Zinslast von 11% des BSP weiterhin oberstes Gebot. Durch Flexibilisierung der Bedingungen auf dem Arbeitsmarkt – Lockerung der Vorschriften über Feiertags- und Nachtarbeit sowie der Arbeitszeit – sind angebotsseitig günstigere Voraussetzungen für die Entwicklung von Ausfuhr und Investitionen geschaffen worden.

Mit einem Zuwachs von 2,3% des BIP wuchs die niederländische Wirtschaft 1987 nur wenig langsamer als im Vorjahr. Die Zahl der Beschäftigten nahm – teilweise durch Zunahme der Teilzeitarbeit bedingt – zu, und die Arbeitslosenquote sank auf 12,6%. Sie ist damit allerdings weiterhin eine der höchsten in der Gemeinschaft. Als Folge des sinkenden Handelsbilanzüberschusses hat sich der Leistungsbilanzüberschuß von 2,8% auf 1,9% des BSP verringert. Die Verbraucherpreise gingen absolut zurück. Kritik übte die Nationalbank an der Haushaltspolitik der Regierung, die es versäumt habe, die vergangenen fünf Jahre eines günstigen Wirtschaftsklimas zu nutzen, die staatliche Neuverschuldung ernsthaft zu reduzieren. Damit fehlen heute die Voraussetzungen, der sich abzeichnenden konjunkturellen Verlangsamung entgegenzuwirken. Kritisch wird angemerkt, daß die unzureichende Verringerung des Defizits und der Ausgabenbelastung nicht mit der in der EG vereinbarten Konvergenz der Wirtschafts- und Finanzpolitik in Einklang stehe[19].

Per saldo ist die wirtschaftliche Bilanz Luxemburgs im europäischen Maßstab immer noch als herausragend einzustufen. Das Wachstum hat sich zwar deutlich auf 2% verringert. Allerdings weist das kleine Land die mit Abstand niedrigste Arbeitslosenquote und absolute Preisstabilität auf und verfügt über einen beträchtlichen Leistungsbilanzüberschuß. Der Haushaltsspielraum, der sich im Zuge der voranschreitenden Umstrukturierung der Stahlindustrie ergibt, wird zur Wiederauffüllung der Investitionsfonds des Staates und zur Stärkung der Wettbe-

werbsfähigkeit der Unternehmen, vor allem durch Senkung der Körperschaftssteuer, genutzt.

Übrige EG-Länder

Nach Jahren – im westeuropäischen Vergleich – überdurchschnittlichen Wachstums glitt die dänische Volkswirtschaft 1987 so rasch in eine Rezession, wie man es in normalen Zeiten selten erlebt: Diese Entwicklung war Resultat von drei sich in der Wirkung addierenden nachfragedämpfenden geld- und finanzpolitischen Maßnahmepaketen (Ende 1985, Ostern 1986, Herbst 1986), ausgelöst durch alarmierende Erhöhungen des Leistungsbilanzdefizits[20]. Anders als in den übrigen EG-Ländern hat die Binnennachfrage nicht konjunkturstützend gewirkt, sondern den Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Produktion bewirkt. Neben Griechenland war Dänemark das einzige Land mit einer negativen Wachstumsrate in der EG. Die Arbeitslosenquote nahm leicht zu, und mit einem Anstieg der Verbraucherpreise um 4% lag Dänemark über dem EG-Durchschnitt. Prioritär wird die dänische Wirtschaftspolitik weiterhin auf den Abbau des Leistungsbilanzdefizits gerichtet sein müssen: Aufgrund der in den letzten Jahren permanent passiven Leistungsbilanz hat sich die Auslandsverschuldung ständig erhöht. Gelingt es nicht, Verschuldung und Schuldendienst weiter abzubremsen und in absehbarer Zeit zum Stillstand zu bringen, besteht die Gefahr, daß Dänemarks Kreditwürdigkeit leidet[21]. Die dänische Wirtschaftspolitik agiert im Wege einer Doppelstrategie: Dämpfung der Inlandsnachfrage bei gleichzeitiger Stimulierung der Exporte. Im Rahmen des „Weihnachtspaketes" vom Dezember 1987 wurden eine Reihe von Exportförderungsmaßnahmen ergriffen.

Die griechische Wirtschaftspolitik muß weiterhin darauf bedacht sein, den Ende 1985 – im Rahmen eines jetzt zu Ende gegangenen Zweijahresprogramms – in Gang gesetzten Stabilisierungsprozeß nicht aus den Augen zu verlieren. Durch eine bewußte Drosselung der Binnennachfrage sollte im Rahmen des Programms die Zahlungsbilanz rasch verbessert werden, um die Auslandsschuld ab 1988 zu stabilisieren. Das Leistungsbilanzdefizit konnte, wie auch im Vorjahr, tatsächlich gesenkt werden, allerdings bei einem realen Rückgang des BIP. Wie geplant konnte die Inflationsrate 1987 deutlich von 23% auf 16% – die Einführung der Mehrwertsteuer wirkte inflationserhöhend – zurückgeführt werden. Die angestrebte Zielmarke von 10% wurde aber verfehlt. Entscheidend für die weitere Dämpfung der Inflation ist es, daß die Regierung das hohe öffentliche Defizit unter Kontrolle bekommt. Erhebliche Verbesserungen auf der Einnahmenseite könnten daraus resultieren, wenn es gelingt, die riesige Schattenwirtschaft abzubauen. Geschätzt wird, daß durch deren Existenz dem Staat ein Steuerausfall in Höhe von 30% der laufenden Fiskaleinnahmen entsteht[22]. Entscheidend für die durch eine Reihe von Strukturschwächen – nicht nur im Industriesektor – gekennzeichnete griechische Wirtschaft ist es, daß die notwendigen Anpassungsmaßnahmen endlich kraftvoll in Angriff genommen werden[23].

Insgesamt ist die Bilanz des Jahres 1987 für die spanische Wirtschaft recht günstig. Mit einem Anstieg des realen BSP von 4,8% gehört Spanien zu den Spitzenreitern in der EG. Getragen wurde die Expansion vor allem von der um 7,6% angestiegenen Binnennachfrage. Als Folge der fortschreitenden Integration in der EG nahm auch der Export, deutlicher aber noch – auch als Konsequenz des schrittweisen Abbaus der Handelsschranken – der Import zu mit entsprechender Wirkung auf den realen Außenbeitrag. Die fortschreitende Modernisierung von Produktionsapparat und Infrastruktur – hier gab der EG-Beitritt entscheidende Impulse – hat zum Fortdauern des ausgeprägten Investitionsbooms beigetragen. Die Teuerungsrate sank beträchtlich, lag aber mit einem Anstieg von 5,3% deutlich über dem EG-Durchschnitt. Getrübt wird das Bild durch die hohe – wenngleich möglicherweise statistisch überzeichnete – Arbeitslosenquote von über 20%. Zudem ist auch die Finanz- und Geldpolitik nicht gerade als konsolidierungs- und stabilitätsbewußt zu bezeichnen[24]. Über den beträchtlichen Fortschritten darf man auch nicht die strukturellen Schattenseiten übersehen, wie einen erheblichen technologischen Rückstand, relativ niedrige Produktivität, unzureichende Forschungsaktivitäten, zumeist zu geringe Ausstattung der Unternehmen mit Eigenkapital, ungenügende Erfahrungen im Exportmarketing[25]. Nicht zuletzt unter dem Druck der weitergehenden Integration Spaniens in die Gemeinschaft wird die spanische Regierung an ihrem Kurs der Modernisierung des Produktionsapparates, der industriellen Umstrukturierung, Privatisierung staatlicher Unternehmen und allgemeinen Liberalisierungen des Wirtschaftslebens festhalten[26].

Wie im Vorjahr wies Portugal auch 1987 die höchste Wachstumsrate (5%) in der Gemeinschaft auf. Getragen wurde es von einer noch weiter angestiegenen Binnennachfrage, die um fast 10% expandierte. Die Beschäftigungslage hat sich weiter verbessert und die Arbeitslosenquote ist deutlich auf 7,8% gesunken. Die Inflationsrate ging zwar zurück, gehört aber mit 9,4% zu den höchsten der Gemeinschaft. Die portugiesische Wirtschaft sieht sich der Herausforderung gegenüber, eine Annäherung an das Entwicklungsniveau der Gemeinschaft zu schaffen. Das setzt ein höheres Wachstum, als es im Durchschnitt der übrigen EG-Länder erzielt wird, voraus und bedingt den nachhaltigen Abbau von Schwächen in den Produktionsstrukturen. Die Gemeinschaft unterstützt diesen Prozeß zur Erreichung größerer Konvergenz in der Gemeinschaft, indem sie Portugal – im Rahmen des Strukturfonds und anderer Finanzierungsinstrumente – Mittel zur Verfügung stellte, die 1986 2,8% des portugiesischen BIP ausmachten.

Die Bilanz für die irische Wirtschaft weist 1987 – bei Fortbestehen größerer struktureller Probleme – einige Aktivposten auf. Das reale Bruttosozialprodukt nahm – bei allerdings stagnierender Inlandsnachfrage – deutlich zu. Dazu trug nicht zuletzt die erhebliche Steigerung der Ausfuhren von in Irland inkorporierten Auslandsunternehmen bei. Der Anstieg der Teuerungsrate um etwa 3% ist der niedrigste seit den sechziger Jahren und liegt nur wenig über dem EG-Durchschnitt. Die öffentlichen Finanzen und die hohe Arbeitslosigkeit– fast jede fünfte

Person im erwerbsfähigen Alter ist gegenwärtig ohne Arbeit – bilden die größten strukturellen Probleme. Angesichts einer öffentlichen Schuld von 140% des BSP – ungefähr die Hälfte entfällt auf Verpflichtungen gegenüber dem Ausland – ist eine Sanierung der Staatsfinanzen nicht zuletzt aus wachstumspolitischen Gründen vordringliches Gebot (Eindämmung der staatlichen Gehaltshausse, Abbau einer Reihe von Gratisdienstleistungen, Verringerung des hohen Subventionsvolumens)[27]. Im Hinblick auf die Schaffung eines wachstumsfreundlichen Umfeldes sind angebotsseitige Verbesserungen notwendig wie eine stärkere Flexibilisierung des Arbeitsmarktes.

*Kurz- und mittelfristige Perspektiven*

Die Kommission geht – trotz insgesamt durchaus verbesserter Rahmenbedingungen – in ihrer Wachstumsprognose für 1988 von einem gegenüber dem Vorjahr verlangsamten realen Wachstum des BSP von etwa 2% aus und sieht diesen Wert auch als Orientierungsgröße für 1989 an. Unter diesen Gegebenheiten ist ein Abbau der überaus hohen, nicht tolerablen Arbeitslosenquote in der Gemeinschaft von etwa 11% nicht zu erwarten. Die auf dem Gebiet der Preisstabilität und Konvergenz der Inflationsraten erzielten Erfolge könnten 1988 gewahrt werden.

Die von der Kommission entwickelte und von den Mitgliedsländern abgesegnete „kooperative Wachstumsstrategie für mehr Beschäftigung" – eine Kombination von Angebotspolitik und Stärkung der Nachfrage – wird mithin, wie in der Vergangenheit, weit hinter ihren wachstums- und beschäftigungspolitischen Zielsetzungen zurückbleiben. Daran ist nach Auffassung der Kommission nicht zuletzt die bislang nur halbherzige Anwendung der Strategie durch die Mitgliedsländer schuld[28]. Allenfalls isolierte Ansätze dazu waren erkennbar. Entscheidende Impulse für eine Beschleunigung des Wachstums in der Gemeinschaft könnten aus dem bis Ende 1992 zu verwirklichenden Binnenmarktprogramm resultieren. Die Steigerung der wirtschaftlichen Dynamik ist wiederum für die Lösung der drängenden beschäftigungspolitischen Aufgaben von signifikanter Bedeutung.

Die Untersuchungen der 1986 von der EG-Kommission eingesetzten Sachverständigengruppe unter Leitung von T. Padoa-Schioppa über die Weiterentwicklung des EG-Wirtschaftssystems[29], ebenso wie der von EG-Kommissar Lord Cockfield initiierte Cecchini-Bericht über die „Kosten der Nichtverwirklichung von Europa"[30] haben das Volumen der möglichen Wachstumsschübe im Zusammenhang mit der Verwirklichung des Binnenmarktes zu ermitteln versucht und spektakulär verdeutlicht, was für die Gemeinschaft auf dem Spiele steht.

Der Zeitraum, in dem der Binnenmarkt ohne Grenzen mit freiem Personen-, Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr verwirklicht sein soll, beträgt nicht einmal mehr 60 Monate. Rasch muß jetzt deutlich gemacht werden, daß es kein „Zurück" auf dem Weg zum Binnenmarkt mehr gibt, um damit die Investitionsentscheidungen und sonstigen Dispositionen der Unternehmen in der Gemeinschaft zu beschleunigen. Wichtig ist allerdings auch, daß man im Zuge der Ver-

wirklichung des Binnenmarktes nicht den in einigen Ländern sichtbar werdenden wirtschaftspolitischen Versuchungen eines verstärkten Protektionismus gegenüber Drittländern erliegt. Dies widerspräche den weltweiten Handelsinteressen der Gemeinschaft[31] und zudem würden die langfristigen Effizienzgewinne aus der Verwirklichung des Binnenmarktes beeinträchtigt.

## Anmerkungen

1 Vgl. Schmidhuber, Peter: Mittel- und längerfristige Perspektiven der wirtschaftlichen Entwicklung in der Europäischen Gemeinschaft, in: ifo-schnelldienst, Nr. 3, S. 7 f.

2 Vgl. Großer, Günter u. Günter Weinert: Die wirtschaftliche Lage Westeuropas, in: Weltkonjunkturdienst (Hrsg. HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung – Hamburg), 1 (1988) S. 34.

3 Vgl. Kommission der Europäischen Gemeinschaften: Ergebnisse der Umfrage bei den Unternehmern und Verbrauchern, Investitionen in der Industrie in den Jahren 1987 und 1988, in: Europäische Wirtschaft, Beiheft B, Nr. 1 (1988).

4 Vgl. dazu im einzelnen Jahreswirtschaftsbericht 1987–1988 (Mitteilung der Kommission an den Rat), in: Kommission der Europäischen Gemeinschaften, Europäische Wirtschaft, Brüssel, Nr. 34, November 1987, S. 44.

5 Vgl. ebenda, S. 34 f.

6 Vgl. Kommission der Europäischen Gemeinschaften: Weitere Entwicklung des Aktionsprogramms zur Förderung des Beschäftigungswachstums, ein Bericht der Kommission, in: Informatorische Aufzeichnung P-77, Brüssel, November 1987.

7 Vgl. dazu Kommission der Europäischen Gemeinschaften: Memorandum der Kommission betreffend die Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit, KOM (87) 231 endg. vom 18. 5. 1987.

8 Vgl. Jahreswirtschaftsbericht 1987–1988, a.a.O., S. 35.

9 Vgl. Großer, Weinert, a.a.O. (Anm. 2), S. 26.

10 Zur währungspolitischen Entwicklung in der Gemeinschaft vgl. im einzelnen Schlüter, Peter W.: Währungspolitik, in diesem Band.

11 Kommission der Europäischen Gemeinschaften: Wirtschaftliche Aussichten für 1988 und die Haushaltspolitik der Mitgliedstaaten, in: Europäische Wirtschaft, Brüssel, Nr. 33, Juli 1987, S. 17 ff.

12 Vgl. Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute e. V., Beurteilung der Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft, abgeschlossen 29. 4. 1988.

13 Vgl. Schmahl, H.-J.: Perspektiven der Wirtschaftsentwicklung 1988, in: Konjunktur von morgen (Hrsg. HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung – Hamburg), Nr. 754 vom 21. 1. 1988.

14 Vgl. Großer, Weinert, a.a.O. (Anm. 2), S. 44.

15 Vgl. Heidelberg, Gerhard: Über den künftigen Kurs entscheidet der Ausgang der Präsidentschaftswahlen, in: Handelsblatt vom 24. 3. 1988; Bericht Balladurs zur Wirtschaftspolitik der Regierung, in: Neue Zürcher Zeitung vom 24./25. 4. 1988.

16 Vgl. Großer, Weinert, a.a.O. (Anm. 2), S. 44 f.

17 Vgl. Weinert, Günter: Kräftiger Aufschwung in Großbritannien, in: Konjunktur von morgen (Hrsg. HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung – Hamburg), Nr. 759 vom 31. 3. 1988.

18 Vgl. Großer, Weinert, a.a.O. (Anm. 2), S. 52.

19 Vgl. Scharfe Kritik der niederländischen Nationalbank an Den Haags Budgetpolitik, in: Neue Zürcher Zeitung vom 28. 4. 1988.

20 Vgl. Kuntze, O.-E.: Artikel Dänemark, in: ifo-schnelldienst Nr. 9/1988, S. 18.

21 Vgl. ebenda, S. 21.

22 Vgl. Ambivalente Haltung Griechenlands zur EG (Anpassungsprobleme in Hellas I), in: Neue Zürcher Zeitung vom 13./14. 3. 1988.

23 Vgl. Griechenlands starre Produktionsstruktur (Anpassungsprobleme in Hellas II), in: Neue Zürcher Zeitung vom 27. 4. 1988.

24 Vgl. Kuntze, O.-E.: Artikel Spanien, in: ifo-schnelldienst, Nr. 34/1987, S. 31.
25 Vgl. ebenda, S. 31.
26 Vgl. ebenda, S. 33.
27 Vgl. Ungleichgewichte in der Wirtschaft Irlands, in: Neue Zürcher Zeitung vom 12. 12. 1987.
28 Vgl. Schmidhuber, a.a.O. (Anm. 1), S. 10.
29 T. Padoa-Schioppa u. a.: Effizienz, Stabilität und Verteilungsgerechtigkeit – Eine Entwicklungsstrategie für das Wirtschaftssystem der Europäischen Gemeinschaft (Bericht einer von der Kommission der Europäischen Gemeinschaften eingesetzten Studiengruppe), April 1987.
30 Paolo Cecchini in Zusammenarbeit mit Michel Catinat und Alexis Jaquemin (Deutsche Bearbeitung: Michael Stabenow): Europa '92, Der Vorteil des Binnenmarktes. Baden-Baden 1988.
31 Vgl. Schlecht, Otto: Die Einheitliche Europäische Akte – Programm für den Europäischen Binnenmarkt, Vortrag im Rahmen des Jahreskolloquiums 1987 des Arbeitskreises Europäische Integration vom 3.–5. 12. 1987 in Bonn, Manuskript S. 8.

## Weiterführende Literatur

Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute e. V. Essen: Die Lage der Weltwirtschaft und der westdeutschen Wirtschaft im Frühjahr 1988. Kiel 29. 4. 1988.

Bundesverband der deutschen Industrie: Einheitliche Europäische Akte: Auf dem Weg zum Gemeinsamen Binnenmarkt. April 1987; Memorandum zur Europapolitik, November 1987.

OECD: Economic Outlook Paris, Nr. 42, Dezember 1987.

Cecchini, Paolo, in Zusammenarbeit mit Cartinat, Michel, und Jacquemin, Alexis: Europa '92 – Der Vorteil des Binnenmarktes. Baden-Baden 1988.

Deutscher Industrie- und Handelstag: Europas Zukunft, den Gemeinsamen Markt starten – den Binnenmarkt vollenden. Forderungen des Deutschen Industrie- und Handelstages zur europäischen Wirtschaftspolitik. Bonn 1988.

Gutowski, Armin: EC: Harmonization by Competition, in: Interconomics, Hamburg, Vol 22 (1987), Nr. 4.

HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung – Hamburg: Die wirtschaftliche Lage Westeuropas, in: Weltkonjunkturdienst, 31. Jg. (1988), Nr. 1.

Kommission der Europäischen Gemeinschaften: Wirtschaftliche Aussichten für 1988 und Haushaltspolitik der Mitgliedstaaten, in: Europäische Wirtschaft, Brüssel, Nr. 33, Juli 1987; Wirtschaftliche Entwicklung in der Gemeinschaft und in den Mitgliedsstaaten, in: Europäische Wirtschaft, Brüssel, Nr. 33, Juli 1987; Jahreswirtschaftsbericht 1987–1988, in: Europäische Wirtschaft, Brüssel, Nr. 34, November 1987.

Netherlands Scientific Council for Government Policy: The Unfinished European Integration. Den Haag 1986.

Matthes, Heinrich: Die deutsche Geldpolitik im Zeichen der europäischen Integration, in: Wirtschaftsdienst, Hamburg, 67. Jg. (1987), Nr. 10.

Schmidhuber, Peter: Mittel- und längerfristige Perspektiven der wirtschaftlichen Entwicklung in der Europäischen Gemeinschaft, in: ifo-schnelldienst, 41. Jg. (1988), Nr. 3.

Wegner, Manfred: Effizienz, Stabilität und Verteilungsgerechtigkeit für die Gemeinschaft, Ein Diskussionsbeitrag zum Padoa-Schioppa-Bericht, in: ifo-schnelldienst, München, 41. Jg. (1988), Nr. 11.